



<b>ANTRAG</b>		Vorlage Nr.:	<b>2017/0582</b>	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion				
<b>Gute Arbeit – zukunftsfähige Stadtverwaltung: Equal Pay für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter</b>				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	17.10.2017	15	x	
Personalausschuss	10.07.2018	6		x
<b>Gemeinderat</b>	<b>23.10.2018</b>	<b>16</b>	<b>x</b>	

Die Stadtverwaltung und ihre Gesellschaften stellen sicher, dass bei Ihnen eingesetzte Leiharbeiter\*innen von Beginn ihrer Tätigkeit an mindestens einen Lohn in der Höhe erhalten, wie er für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten an Stammbeschäftigte gezahlt wird. Hierbei werden alle Lohnbestandteile, insbesondere auch Sonderzahlungen berücksichtigt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Nach Angaben der Arbeitsagentur (2016<sup>1</sup>) ist die Anzahl der Leiharbeiter\*innen im langfristigen Vergleich in der Tendenz mit hoher Dynamik gewachsen. Die Bruttoarbeitsentgelte liegen in der Zeitarbeit deutlich unter den im Durchschnitt über alle Branchen erzielten Entgelten.

Auch wenn Leiharbeit – in bestimmten Situationen – für die Stadt wie für andere Betriebe von Vorteil oder sogar notwendig sein kann, so ist die Minderung der Arbeitsentgelte kritisch zu hinterfragen.

Zeitarbeitsfirmen – die „Verleiher\*innen“ – fungieren häufig als Expert\*innen im Bereich kurzfristiger Einstellungen und Kündigungen und ersparen dies somit den Einsatzunternehmen.

Die hohe Flexibilität des Einsatzes von Leiharbeiter\*innen geht jedoch stark zu Lasten dieser Beschäftigten: Trotz ihrer großen Belastung erhalten sie häufig nur geringe Löhne, denn viele Tarifverträge gelten nicht für Leiharbeiter\*innen – zum Beispiel der in der Stadtverwaltung geltende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, TVöD.

Dass ausgerechnet die flexibelsten Arbeitnehmer\*innen, ohne sicheren Arbeitsplatz, finanziell benachteiligt werden, ist aus GRÜNER Sicht ungerecht.

Als gute Arbeitgeberin mit Vorbildfunktion für die lokale Wirtschaft sollte die Stadt Karlsruhe hier auch in Zeiten knapper Kassen keine Unterschiede zulassen.

Die flexibel Beschäftigten, die vielmals unmittelbar neben Festangestellten mit tariflichen Löhnen arbeiten, sollten im Lohngefüge mit Beginn ihrer Tätigkeit mit diesen gleichgestellt werden. Daher fordert die GRÜNE Fraktion eine Angleichung der Löhne für alle Leiharbeiter\*innen, die bei der Stadt oder den städtischen Gesellschaften beschäftigt werden.

unterzeichnet von:

Joschua Konrad  
Verena Anlauf  
Renate Rastätter  
Zoe Mayer  
Johannes Honné

<sup>1</sup> <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf>